für die Verbandsgemeinde Bad Ems-Nassau

AZ:

30 DS 1/ 0047

Sachbearbeiter: Frau Balcke

VORLAGE

Gremium	Status
Ältestenrat Verbandsgemeinde	nicht öffentlich
Hauptausschuss	öffentlich
Verbandsgemeinderat Bad Ems-Nassau	öffentlich

Beschlussfassung über die Satzung der Verbandsgemeinde Bad Ems-Nassau über die Erhebung von Vergnügungssteuer**Sachverhalt:**

Im Rahmen der Fusion bedarf es der Aufstellung einer Satzung der Verbandsgemeinde Bad Ems-Nassau über die Erhebung von Vergnügungssteuer.

Allgemeines

Bei der Vergnügungssteuer handelt es sich um eine örtliche Aufwandsteuer i. S. d. Art. 105 Abs. 2 a Grundgesetz (GG). Nach der ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung ist für örtliche Aufwandsteuern kennzeichnend, dass die in der Einkommensverwendung zum Ausdruck kommende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit getroffen werden soll.

Die Vergnügungssteuer beruht somit auf dem allgemeinen Gedanken, dass demjenigen, der sich ein Vergnügen leistet, auch eine zusätzliche Abgabe für die Allgemeinheit zugemutet werden kann.

(BverfG, Teilurteil vom 10.05.1962 – 1 BvL 31/58 – BverfGE 14, 76 <79>)

Die Besonderheit der Vergnügungssteuer liegt darin, dass es sich um eine sogenannte „indirekte Steuer“ handelt. Steuerschuldner ist der Veranstalter eines Vergnügens bzw. der Halter (Aufsteller) von Spielgeräten. Allerdings muss die Steuer auf den eigentlichen Steuerträger, also den Teilnehmer einer vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltung bzw. den Spieler, abwälzbar sein. Hierbei genügt nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (BverfG) die Möglichkeit einer kalkulatorischen Überwälzung in dem Sinne, dass der Steuerpflichtige den von ihm gezahlten Betrag in die Kalkulation seiner Selbstkosten einsetzen und hiernach die zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftlichkeit seines Unternehmens geeigneten Maßnahmen treffen kann. Es reicht aus, wenn die Steuer auf eine Überwälzung der Steuerlast von Steuerschuldner auf die eigentlichen Steuerträger angelegt ist, auch wenn die Überwälzung nicht in jedem Einzelfall

gelingt (BverfG, 04.02.2009 – 1 BvI 8/05 -, juris, Rn. 92; BverfG a.a.O., Rn 93 ff. und Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz, 24.03.2014, 6 C 11322/13.OVG).

Rechtsgrundlage

Gemäß § 5 Abs. 4 Kommunalabgabengesetz sind die Verbandsgemeinden, die verbandsfreien Gemeinden sowie die kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte berechtigt, eine Vergnügungssteuer zu erheben. Bei der Vergnügungssteuer handelt es sich um die einzige Steuererhebungsmöglichkeit der Verbandsgemeinden.

Steuergegenstand

Insgesamt gibt es neun Steuergegenstände (vgl. § 1 des Entwurfes der Satzung der Verbandsgemeinde Bad Ems-Nassau über die Erhebung von Vergnügungssteuer, Anlage 5).

Lenkungs Zweck

Bereits in verschiedenen Gerichtsurteilen (vgl. z. B. Verwaltungsgericht Koblenz, 6 K 612/12.KO) wurde im Rahmen der Prüfung der Mindeststeuer für Geräte mit Gewinnmöglichkeit der Lenkungs Zweck der Vergnügungssteuer erörtert. So handelt es sich bei der Mindeststeuer zwar um eine Situation, welche mit dem Ansatz eines – verfassungsrechtlich grundsätzlich nicht mehr zulässigen – Stückzahlmaßstabes entspricht (vgl. BverfG, 03.09.2009, 1 BvR 2384/01), jedoch sieht das Bundesverfassungsgericht diese Ungleichbehandlung als gerechtfertigt an, wenn die Mindestbesteuerung einen verfassungsrechtlich zulässigen Lenkungs Zweck verfolgt. Ein solcher liegt in der Bekämpfung und Eindämmung der Spielsucht. Dabei handelt es sich um ein besonders wichtiges Gemeinwohlziel. Spielsucht kann zu schwerwiegenden Folgen führen, nicht nur für den Betroffenen selbst, sondern auch für seine Familie und die mit den Folgekosten belastete Gemeinschaft. Die Mindestbesteuerung von Spielgeräten soll den Spielgerätetreiber veranlassen, unwirtschaftliche Geräte aus dem Spielbetrieb zu nehmen, sodass dadurch die Anzahl der Geräte minimiert würde.

Überblick Verbandsgemeinden Bad Ems und Nassau

In den ehemaligen Verbandsgemeinden Bad Ems und Nassau war jeweils eine gültige Satzung zur Erhebung von Vergnügungssteuer in Kraft (beide aus 2011).

Überwiegend wurde in den beiden ehemaligen Verbandsgemeinden

nur das Benutzen von Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit besteuert, da die weiteren Steuergegenstände (§ 1 der Anlage 5) selten bis nie aufgetreten sind bzw. gemäß § 2 der Satzung steuerbefreit waren.

In beiden Verbandsgemeinden wurden die Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit nach Anzahl der Geräte besteuert, siehe auch § 7 des Entwurfes der Satzung.

Die Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit wurden – wie 2011 im Satzungsmuster empfohlen – anhand des Einspielergebnisses mit 12 % in Bad Ems, mindestens jedoch 60,00 € in Spielhallen und 20,00 € an übrigen Orten und 12,5 % in Nassau, mindestens jedoch 60,00 € in Spielhallen und 15,00 € an übrigen Orten besteuert.

Eine Auswertung der Steuereinnahmen der beiden ehemaligen Verbandsgemeinden ist der Vorlage als Anlage 1 beigefügt.

Änderungen Satzungsmuster

Das bestehende Satzungsmuster des Gemeinde- und Städtebundes RLP wurde im November 2016 komplett überarbeitet und an die aktuelle Rechtsprechung angepasst (Anlage 4).

Die wesentlichste praxisrelevante Änderung ist die steuerliche Bemessungsgrundlage für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit.

Alt: Einspielergebnis = Kasseninhalt zuzüglich Röhrenentnahme, abzüglich Röhrenauffüllung, Fehlgeld und Prüftestgeld (Saldo 2)

Neu: Spieleinsatz = Summe der von den Spielern je Gerät zur Erlangung des Spielvergnügens eingesetzten Beträge (Einsatz); vgl. Kassenauszug (Anlage 2).

Insbesondere in der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes Nordrhein-Westfalen ist der Maßstab des Spieleinsatzes mehrfach bereits gebilligt worden (vgl. u.a. Beschluss vom 18.01.2016, 14 B1479/15 – zu einem Steuersatz von 5 v.H.).

Bereits in seinem Urteil vom 10.12.2009, 9 C 12/08 hat das Bundesverwaltungsgericht ausgeführt, dass ein Vergnügungsaufwand durch jeden Einwurf von Geld in ein Spielgerät zu Spielzwecken und durch jede Verwendung nicht ausbezahlter Gewinne zur Durchführung weiterer Spiele getätigt wird. Mit der Entscheidung, sich einen Gewinn nicht auszahlen zu lassen, sondern ihn für weitere Spiele einzusetzen, betätigt der Spieler einen neuen Vergnügungsaufwand, der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zum Ausdruck bringt. Demzufolge bildet der Gesamtbetrag der in ein Spielgerät eingeworfenen Geldbeträge und der für weitere Spiele eingesetzten Gewinne den Vergnügungsaufwand aller sich an dem Spielgerät vergnügenden Spieler ab.

Der Maßstab des „Spieleinsatzes“ als Summe der im Besteuerungszeitraum in ein Spielgerät zu Spielzwecken eingeworfenen Geldbeträge und der zu weiteren Spielen verwendeten Gewinne ist schon deshalb als Wahrscheinlichkeitsmaßstab gerechtfertigt, weil nicht erkennbar ist, dass es derzeit einen praktikablen Maßstab gäbe, der einen noch engeren Bezug zum individuellen Vergnügungsaufwand herstellen kann.

Verkürzt ausgedrückt setzt das Einspielergebnis an dem an, was der Spieler im Ergebnis „verspielt“. Beim Spieleinsatz wird als Bemessungsgrundlage der Steuer hingegen das herangezogen, was der Spieler als Spieleinsatz aufwendet, auch soweit er es von seinem Gewinn wieder einsetzt um das Gerät in Gang zu setzen und das Spielvergnügen zu erlangen. Unter dem „Einsatz“ werden auch verspielte Punkte aus erzielten Gewinnen verbucht. Einsätze haben allerdings nicht unbedingt mit dem eigentlichen Spiel zu tun. Ein Einsatz wird bereits verbucht, wenn z. B. Geld

eingeworfen und das Geld dann in den Punktespeicher übertragen wird. Wenn man dann – auch ohne zu spielen – die Punkte wieder in den Geldspeicher überträgt, wird dieser Beitrag als Gewinn registriert.

Bezüglich der Mindeststeuer werden entsprechend dem neuen Satzungsmuster für Geräte mit Gewinnmöglichkeit in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen 60,00 €, sowie an den übrigen in § 1 Abs. 1 Ziffer 9b genannten Orten 20,00 € empfohlen.

Handhabung in vergleichbaren Verbandsgemeinden

Als vergleichbare Verbandsgemeinden wurde in Diez (Einnahmen in 2017: 335.357,69 €, 2018: 307.000,00 €) und Montabaur (Einnahmen in 2017: 792.081,28 €, 2018: 731.872,13 €) nach der Vorgehensweise bezüglich der Vergnügungssteuer gefragt.

In der Verbandsgemeinde Diez wurde bereits zum 01.01.2019 die neue Vergnügungssteuersatzung erlassen. Diese enthält als Besteuerungsgrundlage für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit den Spieleinsatz. Der Hebesatz wurde auf 3,5 % festgesetzt. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Sachbearbeiter ist bezüglich der Einnahmensituation ein „Abwärtstrend“ erkennbar. Da die Vergnügungssteuer jedoch grundsätzlich von Jahr zu Jahr Schwankungen enthält, wird eine vermutlich notwendig werdende Hebesatzerhöhung frühestens zum 01.01.2021 angedacht.

Die Verbandsgemeinde Montabaur rechnet derzeit noch mit dem Einspielergebnis als Berechnungsgrundlage ab (15 %, mindestens 122,00 € in Spielhallen und 30,00 € an sonstigen Orten), plant jedoch auch zeitnah eine Umstellung auf den Spieleinsatz.

Neukalkulation/Schätzung – Besteuerung nach dem Spieleinsatz

Als Anlage 3 zur Vorlage wurden verschiedene Vergleichsberechnungen durchgeführt. Da die unterschiedlichen Besteuerungsgrundlagen in keinem kausalen Zusammenhang stehen, ist lediglich eine Schätzung und keine hundertprozentige Berechnung möglich.

Zunächst wurden von 670 in 2018 vorgelegten Auslesestreifen jeweils das Einspielergebnis und der Spieleinsatz abgelesen und die Differenz in Prozent festgestellt. Die häufigsten Steigerungen lagen zwischen 100% und 500%.

Im Anschluss daran wurden die gesamten Einspielergebnisse in von 2012 bis 2018 ermittelt (Steuer/jeweiligen Hebesatz, siehe Teil 1 der Anlage 3) bzw. ebenfalls geschätzt, da in der Steuer auch die Mindestbeiträge enthalten sind, welche jedoch ein geringeres Einspielergebnis beinhalten.

Auf Basis dieser Einspielergebnisse und der prozentuellen Differenz zwischen Einspielergebnis und Spieleinsatz wurden nun verschiedene Berechnungen erstellt.

Die Spieleinsatz-Schätzung wurde wie folgt berechnet:

Einspielergebnis (2016 und 2018)	*	Differenz zwischen Einspielergebnis und Spieleinsatz (0%, 100%, 200%, siehe Teil 2 der Anlage 3)
-------------------------------------	---	---

Im weiteren Schritt wurde der geschätzte Spieleinsatz mit Hebesätzen von 3% bis 5,5% hochgerechnet um eine Schätzung der Steuereinnahmen zu erhalten.

Entsprechend dem Satzungsmuster des Gemeinde- und Städtebundes wurden Hebesätze von 4,5%, 5,0% und 5,5% bereits von verschiedenen Gerichten bestätigt.

Bereits bei einer marginalen differenziellen Erhöhung zwischen Einspielergebnis und Spieleinsatz in Höhe von 200% werden die Steuereinnahmen bei einem Hebesatz von 3,5% auf ca. 300.000,00 €, bei einem Hebesatz von 4,0% auf ca. 350.000,00 € geschätzt. Da die gesamten Steuereinnahmen der Verbandsgemeinde Bad Ems-Nassau in den vergangenen Jahren zwischen 222.447,39 € und 351.775,98 € lagen, empfiehlt die Verbandsgemeindeverwaltung den Hebesatz auf 3,5 % oder 4,0% festzulegen. In der Sitzung des Ältestenrates am 28.08.2019 wurde eine Festlegung des Hebesatzes zwischen 4 % und 4,5 % diskutiert.

Der Mindeststeuersatz sollte entsprechend dem Satzungsmuster (60 € bzw. 20 €) festgelegt werden.

Beschlussvorschlag:

- 1. Dem Entwurf der Satzung der Verbandsgemeinde Bad Ems – Nassau über die Erhebung von Vergnügungssteuer wird zugestimmt.**
- 2. In § 8 Abs. 6 Nr. 1 wird der Hebesatz auf _____ %, mindestens 60 € festgesetzt.**
- 3. In § 8 Abs. 6 Nr. 2 wird der Hebesatz auf _____ %, mindestens 20 € festgesetzt.**

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister